



„Aufbruch Bayern.
Wie geht es weiter in Europa?“
Bayerischer Wirtschaftstag
27. Juli in Augsburg

Innovative Forschungspolitik braucht eine Strategie

Die neue Hightech-Strategie der Bundesregierung

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes, leistungsfähiges Land. Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Politik prägen gemeinsam diese Leistungsfähigkeit und Innovationskraft, die es braucht, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Forschung und Entwicklung spielen dabei eine zentrale Rolle. Durch sie werden neue technologische und gesellschaftliche Impulse gesetzt. Dafür braucht es einen Rahmen, um gute Ideen schnell in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu überführen. Denn innovative Lösungen sind die treibende Kraft unseres Wohlstandes und unserer Lebensqualität.



Staatssekretär Stefan Müller, MdB
Bundesministerium für Bildung
und Forschung

deutschen Innovationspolitik erstmalig 2006 ins Leben gerufen und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Die Hightech-Strategie ist das nationale Gesamtkonzept für eine ressortübergreifende Innovationsstrategie, an der sich alle Akteure des Innovationsgeschehens – aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft – orientieren können.

War die erste Hightech-Strategie noch stark auf die Entwicklung einzelner Technologiefelder fokussiert, so wurden mit der zweiten

Hightech-Strategie bereits konkrete Bedarfe der Gesellschaft zu Themen wie Mobilität, Kommunikation und Energie adressiert. Die 2014 verabschiedete „Neue Hightech-Strategie – Innovationen für Deutschland“ nimmt neben technologischen Entwicklungen auch gesellschaftliche Neuerungen in den Blick und erweitert damit das Verständnis von Innovation. Dabei stand die Überlegung im Vordergrund, dass die drängendsten Heraus-

forderungen unserer Zeit nur dann bewältigt werden können, wenn technologische und soziale Innovationsprozesse ganzheitlich betrachtet werden.

Die Hightech-Strategie definiert deshalb als ein Kernelement sechs prioritäre Zukunftsaufgaben, die von besonderer Relevanz für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland sind: Digitalisierung, Nachhaltiges Wirtschaften und Energie, Innovative Arbeitswelt, Gesundes Leben, Mobilität und Zivile Sicherheit. Neben den prioritären Zukunftsaufgaben berücksichtigt die Strategie vier weitere Kernelemente zu Querschnittsthemen, die entscheidend für Deutschlands Position als führende Wirtschafts- und Exportnation sind:

- Besserer Transfer: Es sollen neue Impulse für eine verbesserte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene gesetzt werden.
- Höhere Innovationsdynamik: Die Innovationsbereitschaft

und -fähigkeit insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen soll gestärkt werden.

- Verbesserter Rahmen: Die Rahmenbedingungen für Innovationen sollen verbessert und Maßnahmen zur Fachkräftesicherung umgesetzt werden.
- Stärkerer Dialog: Die Gesellschaft als zentraler Akteur soll die Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung von Innovationsprozessen bekommen.

Diese fünf Kernelemente der Hightech-Strategie verbinden viele wichtige Aspekte und Akteure des Innovationsgeschehens in Deutschland. Im Zentrum der Strategie steht dabei der Nutzen für die Gesamtgesellschaft und der Transfer von Ergebnissen aus der Forschung in die Anwendung. Dies ist in Bayern in beeindruckender Weise z.B. mit dem Medical Valley in Erlangen-Nürnberg gelungen, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zuerst im Rahmen des Spitzencluster-Wettbewerbs >> Seite 2

„Innovationsprozesse ganzheitlich betrachten!“

DIE HIGHTECH-STRATEGIE: EINE LEBENDE UND LERNENDE STRATEGIE

Die Hightech-Strategie der Bundesregierung (www.hightech-strategie.de) wurde als ein wesentlicher Anker der

Wenn Sie gesehen werden wollen
müssen Sie sich zeigen!



Am besten mit Anzeigen im »Kompass« des WBU. Schon ab 260 €.

Mehr: www.weltbuch.com/media/anzeigen/kompass



und nun auch über die Initiative zur Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftsprojekten und vergleichbaren Netzwerken eine umfangreiche Förderung erhält. Dort werden im Zusammenschluss von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Lösungen für die Gesundheitsversorgung von morgen erarbeitet.

Die Hightech-Strategie setzt inhaltliche Impulse für das Innovationsgeschehen in Deutschland, für die erfolgreiche Umsetzung braucht es jedoch mehr als das. Um Deutschlands Position im globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften zu stärken, wurde mit dem Haushalt 2016 der BMBF-Etat erneut, diesmal um 1,1 Mrd. Euro auf rund 16,4 Mrd. Euro, erhöht. Noch nie stand in Deutschland so viel Geld für Bildung und Forschung zur Verfügung wie heute.

Investitionen in Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung sind entscheidend dafür, wie wir zukünftige Herausforderungen meistern können.

» BMBF-Etat 2016 auf 16,4 Mrd. Euro erhöht. «

DIGITALISIERUNG ALS CHANCE

Insbesondere die voranschreitende Digitalisierung stellt uns dabei vor einen grundlegenden industriellen wie gesellschaftlichen Wandel, denn die Digitalisierung betrifft mittlerweile fast alle Bereiche unserer Ge-

sellschaft. Durch die Digitalisierung sind in zentralen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Verkehr, Kommunikation, Gesundheit, Energie Umbrüche zu erwarten, die große Potenziale, aber auch hohe Anforderungen nach sich ziehen werden. Die Bundesregierung hat deshalb die Digitale Agenda ins Leben gerufen, um den digitalen Wandel aktiv zu begleiten und mitzugestalten. Im Rahmen der Digitalen Agenda soll ein eigenes dafür zu gründendes Internet-Institut die Herausforderungen und Folgen der Digitalisierung erforschen. Dabei sollen die ethischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und partizipativen Aspekte von Internet und Digitalisierung, sowie Fragen zur IT-Sicherheit, zur Nutzung von

Big Data und Open Source betrachtet werden. Zudem sollen realitätsnahe Test- und

Kompetenzzentren für digitale Themen wie die Industrie 4.0 aufgebaut, sowie gemeinsam mit den Ländern eine Strategie „Digitales Lernen“ erarbeitet werden, die die Chancen der digitalen Medien für gute Bildung nutzt, weiter entwickelt und umsetzt. Das Siemens-Gerätewerk in Erlangen mit seinem Vorhaben „Digitale Durchgängigkeit“ ist eins von mehreren hervorragenden Praxisbeispielen für die Herausforderungen und Möglichkeiten, die mit der Digitalisierung in der produzierenden Industrie verbunden sind.

INNOVATIONSBEREITSCHAFT BEI KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN ANREGEN

Das deutsche Innovationsmodell ist wesentlich von seinen vielen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt, die sich durch Flexibilität, Kunden- und Marktnähe auszeichnen. Mittelständische Unternehmen haben sich gerade in Krisenzeiten als Garant für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft bewährt. Der Anteil innovativer KMU ist in keinem anderen großen europäischen Land höher als in Deutschland. Das ist ein starkes Fundament, auf dem unsere Forschungs- und Innovationspolitik für den Mittelstand aufbauen kann.

Allerdings geht der Anteil innovierender KMU an der Gesamtzahl der Unternehmen seit Anfang der 2000er Jahre zurück. Während große Unternehmen ihre Innovationsausgaben vor dem Hintergrund der globalen Herausforderungen im Zuge des weltweiten Wettbewerbs und einer neuen internationalen Arbeitsteilung erheblich gesteigert haben, sind die KMU nicht gefolgt. Hier müssen wir gegensteuern.

Mit unserem 10-Punkte-Programm „Vorfahrt für den Mittelstand“ (https://www.bmbf.de/files/KMU-Konzept_Vorfahrt_fuer_den_Mittelstand_final.pdf) adressiert das BMBF direkt kleine und mittlere Unternehmen. Diese sollen insbesondere für eine Beteiligung an den prioritären Zukunftsaufgaben Digitalisierung, Gesundes Leben

und Nachhaltiges Wirtschaften gestärkt werden. KMU sollen zudem noch aktiver mit den richtigen Partnern zusammengebracht werden, mit Großunternehmen und anderen KMU aber auch mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Außerdem muss sichergestellt werden, dass KMU die passenden Fachkräfte finden. Schließlich muss der Zugang von KMU zu unseren Förderangeboten erleichtert werden.

Die Ziele der Hightech-Strategie werden in verschiedenen Fördermaßnahmen weiter konkretisiert und umgesetzt. In Sinne einer Qualitätssicherung der umfangreichen Förderung werden auch neue Methoden zur Messung der Zielerreichung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit entwickelt. Die Bundesregierung betrachtet die neue Hightech-Strategie als einen lebendigen und lernenden Prozess, der ständig an neue Herausforderungen angepasst wird. Das Land Bayern mit seiner ausgeprägten Wissenschafts- und Wirtschaftslandschaft, seinen Clustern und Netzwerken spielt eine wichtige Rolle im gesamtdeutschen Innovationsprozess und kann daher als Treiber für Innovation auch eine besonders aktive Rolle bei der Umsetzung der Hightech-Strategie einnehmen.



Staatssekretär Stefan Müller, MdB
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Willkommen in Dresden zu unseren Veranstaltungen



 Lesungen mit Ambiente www.literaturlounge.org
 Literatur verbindet www.montagslesung.de
 Musik mit Niveau www.klassiklounge.org
 Offen für Gedanken www.dresdnerdialog.de

Projekte und Veranstaltungen der Weltbuch Verlag GmbH

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de
T: 089 2422860, F: 089 291518
V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann
Redaktionsschluss: 15.04.2016
Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

Gesamtproduktion/ Anzeigen:
Weltbuch Verlag | ddmedia
T: 0351 4794244
www.ddmedia.info

Neue Layoutkonzeption:
Gerd Ortner Werbung GmbH,
www.ortner-werbung.de





zuhören > verstehen > lösen



Seit **1998** entwickeln wir als Softwarehaus **Onlineportale** und **mobile Applikationen** und komplettieren diese mit der **Abbildung von individuellen Geschäftsprozessen**.

Wir verfügen über langjährige Kundenerfahrungen in folgenden Branchen:

- | | |
|-----------------------------------|---------------|
| Automobilindustrie | Maschinenbau |
| Banken und Finanzdienstleister | Krankenkassen |
| soziale/öffentliche Einrichtungen | Medien |
| Sport und Freizeit | Handel |

Deutsche Wirtschaftsförderung im Wandel der Zeit

Vergangenheit – Heute – Zukunft

Die öffentliche Wirtschaftsförderung ist eine Aufgabe, die seit jeher auf verschiedenen staatlichen Ebenen angesiedelt war. Wirtschaftsförderung im engeren Sinne bezeichnet dabei weniger die Wirtschaftsordnungspolitik, also die Gesetzgebung, sondern die Prozesspolitik, also wirtschaftspolitisches Handeln innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung können grob in unternehmensorientierte Dienstleistungen (etwa Ansiedlungsförderung, Gewerbeflächenpolitik, Beratung, Infrastrukturmaßnahmen, Investitionsförderung), beschäftigungsorientierte Dienstleistungen (z. B. Qualifizierung oder Reintegration Erwerbsloser) und Kooperations- bzw. Koordinationsleistungen unterschieden werden. Inhalte, Aufgaben, Instrumente und Formen der Finanzierung der Wirtschaftsförderung haben sich im Laufe der Zeit erheblich gewandelt. Dabei ist Wirtschaftsförderung stets auch ein Spiegel wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen sowie gesellschaftlicher Strömungen und Werthaltungen gewesen.

Erste Formen der Wirtschaftsförderung finden sich bereits im Kaiserreich. Die starke Industrialisierung nach etwa 1880 führte zur Bildung von Ballungsgebieten mit begleitenden sozialen und politischen Problemen. Eine wichtige wirtschaftsfördernde Maßnahme war der Ausbau der Eisenbahn, so dass weitere Regionen erschlossen wurden, in Verbindung mit ei-

ner Tarifpolitik für Eisenbahntransporte. Aber auch die Gas-, Wasser- und später Stromversorgung war eine wichtige wirtschaftsfördernde infrastrukturelle Maßnahme. Darüber hinaus war der Auf- und Ausbau der Universitäten und Akademien im 19. Jahrhundert eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. In der Weimarer Zeit war zum Teil eine erhebliche öffentliche Investitionstätigkeit zu verzeichnen, etwa im Bereich der Energieversorgung, die vor allem zum Ziel hatte, kriegsbedingte Schäden und Nachteile auszugleichen. Auch Beschäftigungsprogramme – etwa mit dem Ziel, die heimkehrenden Soldaten in das Arbeitsleben zu integrieren – sind zu nennen. Während des Nationalsozialismus wurden im Zuge der Vorbereitung der Kriegsproduktion Raumordnungsprogramme durchgeführt. Wirtschaftsförderung war ausschließlich auf die Zurichtung der Menschen und

schwang lagen der kriegsbedingte Nachholbedarf, die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948, günstige Außenhandelsbedingungen und der Marshall-Plan zugrunde, aus dem sich das bis heute bestehende ERP-Sondervermögen entwickelte. Wirtschaftsförderung hieß (i) Deregulierung und Förderung marktwirtschaftlichen Handelns, (ii) Maßnahmen zur Förderung von Infrastruktur und (iii) Hilfe für die punktuell noch lange Zeit Not leidende Bevölkerung (Notstandsgebiete, Zonenrandförderung) und zum Abbau sich herausbildender starker Disparitäten zwischen Regionen auf Bundes-, Landes- und Regionalebene. Im Bereich der Forschung formierten sich die Forschungseinrichtungen neu.

Das zweite Nachkriegsjahrzehnt markiert die Zeit zwischen der Erlangung der Souveränität (1955) und der ersten Rezession der Bundesrepublik (1966 / 67). Die Wirtschaft wuchs kontinuierlich. Im Bereich der Forschung wurde ein technologischer Aufholprozess eingeleitet. Die Förderschwerpunkte konzentrierten sich auf die Großforschung in Kerntechnik und Raumfahrt. Die Förderung der

deregulierend wirkende Politik zu einer stärkeren staatlichen Lenkung (Globalsteuerung). Dieses Konzept wurde auch auf die Forschung übertragen, wo der Gedanke der Forschungsplanung in Verbindung mit dem weiter gültigen Ziel der „Aufholjagd“ handlungsleitend war. 1969 wurden die bisherigen regionalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zur „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zusammengeführt und zusammen mit Investitionszulagen, ERP-Sondervermögen und weiteren Mitteln standen erhebliche Möglichkeiten der Wirtschaftsförderung bereit.

Die Jahre nach der ersten Ölkrise 1973 / 74 waren von einem tiefgreifenden Strukturwandel gekennzeichnet, der sich durch die Stichworte Globalisierung, zunehmende Sättigung der Konsumgüter-Märkte, technologische Schübe etwa in der Informations- und Kommunikationstechnologie, einem dauerhaften „Sockel“ an Arbeitslosigkeit sowie einer Verlagerung von Arbeit vom Industrie- auf den Dienstleistungssektor umreißen lässt. Das GRW-Programm wurde unter nun stärker funktionalistischer Perspektive fortgeführt. Nach dem Regierungswechsel 1983 wurden die Weichen stärker in Richtung auf kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität gestellt. Forschungspolitisch kam es neben der weiteren Förderung der Großforschung auch zu einer verstärkten Mittelsstandsförderung und – hiermit zusammenhängend – zu einer stärkeren Förderung von Verbundprojekten sowie auch zur Entstehung von Technologie- und Gründerzentren mit dem Ziel, den Technologietransfer zu verbessern.

Die deutsche Einheit hat (auch) wirtschaftspolitisch >> Seite 5



Albert von Wallenrodt
Leiter des Steinbeis-Beratungszentrum Innovations- und Fördermittelmanagement

„Wirtschaftsförderung – Spiegel wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Strömungen“

ihres wirtschaftlichen Handelns auf die Kriegsproduktion hin orientiert.

Das erste Nachkriegsjahrzehnt war von einem tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel geprägt. Westdeutschland entwickelte sich in dieser Zeit aus einem zerstörten Land zur drittgrößten Handelsnation der Welt. Diesem Auf-

Notstandsgebiete wandelte sich mit wachsendem Wohlstand zu einer stärker vorgeplanten Schwerpunktförderung („Zentrale-Orte-Programm“, „Bundesausbauorte“), vor allem mit dem Ziel eines stärkeren sozialen Ausgleichs.

Die Rezession 1966 / 67 markierte eine Zäsur. Im Anschluss wandelte sich die bis dahin eher



entscheidende Weichen gestellt. Die Wirtschaftsförderung auf Bund- und Länderebene konzentrierte sich auf den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft in den neuen Bundesländern, was u. a. aufgrund verschiedener Investitionshemmnisse jedoch nur unvollkommen gelang und bis heute nicht zufriedenstellend gelungen ist. Die Förderinstrumente wie Investitionszulage, KfW-, GRW- und ERP-Mittel sowie Technologieförderung wurden auf die neuen Bundesländer übertragen, wobei anders als im Westen keine regionale Differenzierung erfolgte.

Des Weiteren wurden wie im Westen Förderbanken eingerichtet, die vor allem den Mittelstand unterstützen sollten. Auch

wurde der EU-Strukturfonds auf die neuen Bundesländer ausgeweitet. In der Forschung wurden die Strukturen der alten Bundesländer auf die neuen Länder übertragen. In den 90er-Jahren hat sich die kommunale Wirtschaftsförderung weiterentwickelt und professionalisiert.

Das Themenspektrum kommunaler Wirtschaftsförderung hat sich deutlich ausdifferenziert. Im Zuge der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie haben sich das Standortmarketing und verschiedene Formen der Kooperation etabliert. Der Konkurrenz zwischen Kommunen ist der Gedanke einer Kooperation innerhalb von Regionen gewichen.

Die Wirtschaftsförderung wird auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten einen wichtigen Stellenwert innehaben.

Dabei werden sich die Aufgaben und Herausforderungen allerdings zum Teil deutlich ändern, denn die Globalisierung in Verbindung mit der Dematerialisierung vieler Unternehmen bzw. Branchen lässt einige der klassischen Instrumente der Wirtschaftsförderung stärker in den Hintergrund treten. Andere werden dafür wichtiger. Im Mittelpunkt werden zum einen Kommunikations- und Beratungsfunktionen für Unternehmen stehen, die in qualifizierter Weise nur in Kooperation mehrerer Gemeinden und Unternehmen und gegebenenfalls

weiterer Organisationen (z. B. Verbände, Clusterinitiativen) erstellt werden können. Zweitens wird die Förderung der Mitarbeiter mobiler bzw. „dematerialisierter“ Unternehmen wichtiger werden, was die Bedeutung von Infrastruktur wie Schulen, kulturellen Einrichtungen und Möglichkeiten für soziale Beziehungen sowie Kommunikations-Infrastruktur (Breitbandnetze) unterstreicht.

Albert von Wallenrod
Leiter des Steinbeis-Beratungszentrum Innovations- und Fördermittelmanagement
(A. von Wallenrod ist Autor des jüngst erschienen Buches „Öffentliche Wirtschaftsförderung im Wandel der Zeit“)

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



15. März – Ausschuss für Mittelstandspolitik

Neben der Begrenzung der Zuwanderung durch Flüchtlinge ist die Integration der Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive die zweite tragende Säule erfolgreicher Flüchtlingspolitik. Die rasche Einbindung junger Flüchtlinge in unser Bildungssystem spielt dabei eine zentrale Rolle. Auf Einladung des Ausschussvorsitzenden Alexander Lerch referierte der Bayerische Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, über die enormen Anstrengungen, die Bayern auf diesem Feld übernimmt.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Ludwig Spaenle, Alexander Lerch

17. März – Ausschuss Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitswelt wird auch in Zukunft einem starken Wandel unterliegen. Die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft gehört dabei ebenso zu den Treibern wie die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung und die Zuwanderung. Prof. Dr. Volker Deville, Leiter Zukunftsthemen Allianz Deutschland AG, ging darauf in seinem weitgespannten Vortrag näher ein. Wie üblich berge die Entwicklung Arbeitsplatzrisiken, eröffne aber auch Chancen für neues Wachstum und neue Beschäftigung. Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann moderierte die anschließende rege Diskussion.



Foto v.l.n.r. (GG): Dr. Jürgen Hofmann, Prof. Dr. Volker Deville

22. März – Bezirk Aschaffenburg

Über die Abschaffung des Bargelds wird seit einiger Zeit intensiv und kontrovers diskutiert. Dr. Astrid Nitz, Vorsitzende des Bezirks Aschaffenburg, hatte das Thema deshalb auf die Tagesordnung gesetzt. Armin Urgibl, Geschäftsführer der IWS Industrie-Werkschutz GmbH und Mitglied im Vorstand der Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste BDGW, referierte in der Stadthalle am Schloss über „Bargeld in der Wirtschaft – eine Bestandsanalyse mit Ausblick“.



Foto v.l.n.r.: Dr. Astrid Nitz, Armin Urgibl

6. April – Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu

Zu Gast bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren und

des Bezirks Kaufbeuren/Ostallgäu im S-Forum der Sparkasse: Yvonne Hofstetter, Managing Director Teramark Technologies. „Big Data – Big Trouble?“ – in einem packenden Vortrag ging die Autorin des Bestsellers „Sie wissen alles“ auf die „schöne neue Welt“ der Social Media, aber auch auf deren Schattenseiten ein. Sparkassenchef Winfried Nusser und Bezirksvorsitzender Dr. Hans Ketterl leiteten die gut besuchte Versammlung.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Hans Ketterl, Yvonne Hofstetter, Winfried Nusser

7. April – Gesprächskreis Wehrpolitik

Die Welt scheint aus den Fugen geraten. Kriege und Konflikte vor unserer Haustür häufen sich. Europa muss mehr geopolitische Verantwortung übernehmen und



stärker in seine Sicherheitspolitik investieren. Auf einer Veranstaltung des Gesprächskreises, die von Präsident Dr. Wiesheu geleitet wurde, trugen Dipl.-Ing. Frank Haun, Vorsitzender der Geschäftsführung Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Dr. Reinhard Brandl, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, und Markus Ferber, MdEP, Erster stv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, ihre Gedanken dazu vor. Alle drei Redner waren sich einig: Angesichts der verfügbaren knappen Verteidigungsbudgets und mit Blick auf eine höhere Effizienz in der Produktion und im Einsatz von Waffen sei eine stärkere Europäisierung der Rüstungspolitik unabdingbar. Dazu gehöre auch eine gemeinsame Exportkontrollpolitik.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Reinhard Brandl, Frank Haun, Markus Ferber, Dr. Otto Wiesheu

8. April – Bezirk Lindau

Unternehmergespräch des Bezirks Lindau des Wirtschaftsbeirates Bayern gemeinsam mit der IHK Schwaben/ Regionalgeschäftsstelle Lindau-Bodensee unter der Leitung des Bezirksvorsitzenden Josef Schlick: Dr. Gerd

Müller, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, war an den Bodensee gekommen, um über die globalen Herausforderungen Bevölkerungsexplosion auf dem südlichen Erdball, Welternährung, Klimaschutz, Flüchtlingsströme zu reden und tragfähige Antworten auf diese großen Fragen zu skizzieren. U.a. gehöre dazu die Versorgung der Flüchtlinge möglichst in der Nähe ihrer Heimat. Daneben brach Müller einmal mehr eine Lanze für Fair Trade seitens der reichen Industriestaaten.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Gerd Müller, Josef Schlick

14.-15. April – Bezirk Memmingen

Einen zweitägigen Informationsbesuch stattete der Bezirk Memmingen unter der Leitung von Anja Dreher der Bundeshauptstadt ab. Für einen Meinungsaustausch standen hochkarätige Gesprächspartner der Regierung und aus dem Parlament zur Verfügung, so im Bundeswirtschaftsministerium die Referatsleiterin Grundsatzfragen der nationalen und europäischen Mittelstandspolitik, Marion Lemgau, im Bundesfinanzministerium der Parla-

mentarische Staatssekretär Dr. Michael Meister, im Bundestag MdB Stefan Stracke, Obmann der CDU/CSU-Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Es ergab sich Gelegenheit, eine Vielzahl aktueller Fragen der Bundespolitik anzusprechen, von

der Förderung des Mittelstandes, über den Stand der Gesetzgebung bei Werkverträgen und Leiharbeit bis hin zur Erbschaftsteuerreform. Eine Führung durch den Reichstag setzte den eindrucksvollen Schlusspunkt unter das Programm.



Foto 1. Reihe, 4. v.r. Anja Dreher, 3.v. r. MdB Stefan Stracke, ganz r. Dr. Jürgen Hofmann

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



Intermedia Gesellschaft für Management- und Personalberatung mbH
Dr. Dr. Walter Schmidt
Oberhaching

Secur Solutions GmbH
Gräfelfing

Karl-Günter Krauß
Mainleus

Pharmos Natur Green Luxury GmbH
Paul J. Greineder, Bernried

Rechtsanwalt Caspar Seemann
Waakirchen

SoNet e.V.
Frank Enzmann
Planegg

Rechtsanwalt Marcel Schnell
München

Manuela Huber
Türkheim



**Kaffeemaschinen
Kaffeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**





Dr. Jürgen Hofmann,
Generalsekretär

„Atempause in der Flüchtlingspolitik. EZB in der Kritik“

Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats,

die Balkanroute, auf der noch Anfang des Jahres weitere Tausende von Flüchtlingen nach Deutschland gekommen sind, ist geschlossen. Die Entscheidung Österreichs und Mazedoniens, ihre Grenzen dicht zu machen, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Signale des Rückführungsabkommens mit der Türkei haben diese Wirkung noch verstärkt. Ob dies mehr bedeutet als eine Atempause, wird sich zeigen. Die bangen Blicke richten sich nun auf die Mittelmeerroute und auf die Vorbereitungen Österreichs, im Fall des Falles auch noch den Brenner abzuriegeln. Für Schengen, das Bürgern und Wirtschaft ein Europa ohne Grenzen gebracht hat, wäre die Wiedereinführung von Grenzkontrollen auf einer der Hauptverbindungen des innereuropäischen Personen- und Güterverkehrs ein schwerer Schlag. Italien verdient deshalb alle Unterstützung, die Außengrenzen der Europäischen Union im Süden wirksam zu schützen.

Durch den gegenwärtigen Rückgang der Flüchtlingszahlen sind andere Themen wieder in den Vordergrund gerückt: so das Ringen um das dritte Rettungspaket für Griechenland. Wie üblich hakt es hier an allen Ecken und Enden. Mit den Reformen geht es wieder einmal nicht so voran, wie verabredet. Der IWF wirft zusätzlichen Sand ins Verhandlungsgetriebe, in dem er die weitere Beteiligung an der Rettung von neuen Schuldenschnitten abhängig macht. Dabei sind die Gläubiger Athen in der Frage der Schuldentragfähigkeit bereits sehr weit entgegen gekommen. Zudem ist die Aussicht auf einen möglichen neuen „haircut“ natürlich alles andere als angetan, das Vertrauen privater Investoren in griechische Papiere zu stärken.

Es hakt aber nicht nur in Griechenland – vor allem der Süden Europas kommt insgesamt mit dem Reformieren, Investieren und Sparen zu wenig voran. Die in der Schuldenkrise beschlossenen Verschärfungen der Regeln zur Wiederherstellung und Sicherung der notwendigen Haushaltsdisziplin in den Mitgliedstaaten werden weiterhin nicht sonderlich ernst genommen. Sparen ja, aber jetzt noch nicht. Papier ist in der EU wie

immer geduldig. Da, wo linke Regierungen wie in Portugal die Regierungsgeschäfte übernommen haben, rückt der Sozialkonsum wieder in den Vordergrund.

Weil Europa vor sich hindümpelt, sieht sich die EZB in wachsendem Umfang auf den Plan gerufen, mit einer Politik des extrem lockeren Geldes, wie sie Deutschland noch nicht erlebt hat, Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln. Daran entzündet sich hierzulande bis hin zum Bundesfinanzminister wachsender Unmut. Klar, die EZB ist unabhängig wie die Deutsche Bundesbank, sie unterliegt nicht den Weisungen von Regierungen. Aber eine öffentliche Analyse und Bewertung ihres umstrittenen Kurses muss sie sich schon gefallen lassen. Zumal die Kollateralschäden der Geldschwemme ständig zunehmen und bewährte Geschäfts- und Lebensmodelle immer stärker untergraben. Der Finanzmärkteausschuss hatte unter der Federführung von Prof. Dr. Franz Christoph Zeitler auf die Risiken der Niedrigzinspolitik schon im Herbst 2013 warnend hingewiesen.

Das Argument der EZB, wir erkaufen den Regierungen durch die lockere Geldpolitik Zeit für Reformen, überzeugt immer weniger. Die Niedrigzinsen haben die Reformbereitschaft nach dem berühmten Draghi-Satz „... whatever it takes“ von 2012 eher erlahmen lassen. Das erwünschte Wachstum hat sich jedenfalls kaum eingestellt. Die Schuldenmacherei in den Krisenstaaten ist leichter geworden. Die Gefahr der Bildung von Ver-

mögensblasen hat zugenommen. Die EZB wäre deshalb gut beraten, inne zu halten, das Wort „Helikoptergeld“ aus ihrem Sprachschatz zu streichen und die Geldschleusen nicht noch weiter zu öffnen. Sie sollte mit dazu beitragen, die Regierungen der Eurozone unter Zugzwang zu setzen. Primär dort ist die Verantwortung für Beschäftigung und Wachstum zu suchen.

Davon muss sich auch die Bundesregierung angesprochen fühlen. Das Wachstum um die 1,5 Prozent herum, das für Deutschland in diesem und im nächsten Jahr allgemein vorausgesagt wird, ist bescheiden. Etwas mehr Ehrgeiz sollte die große Koalition am Ende dieser Legislaturperiode schon noch entfalten, nicht zuletzt um die EZB vom Ausnahmezustand zu befreien. Schwachpunkt in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die privaten Investitionen. Das Problem wird in Berlin durchaus erkannt, allein es fehlen die überzeugenden rahmenpolitischen Taten. Aus dem Gegenschub, den die Koalitionäre in dieser Legislaturperiode mit einer ganzen Reihe von Beschlüssen verursacht hat, muss neue Schubkraft werden. Ich belasse es bei den beiden Stichworten, steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung und attraktivere Abschreibungsbedingungen. Der Mittelstand braucht solche Aufbruchssignale.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

Sind Sie stolz
auf Ihre Stadt?
Dann werben
Sie mit ihr!



Mit Wandkalendern Ihres Unternehmens oder Ihrer Institution sind Sie ein Jahr lang bei Ihren Kunden, Partnern und Freunden präsent!

www.weltbuch.com/kalender/2017

weltbuch



**10. Mai, Aldersbach**

Ausschuss für Tourismus:
Dr. Michael Braun, Vorstand
Tourismusverband Ostbayern
e.V., und Ferdinand Freiherr
von Aretin, Direktor der Brauerei
Aldersbach, „Bier in Bayern
– 500 Jahre Reinheitsgebot
– Chance für zusätzliche
Tourismusattraktionen“

NEU

11. Mai, München

Junger Wirtschaftsbeirat:
Martin Neumeyer, MdL,
Integrationsbeauftragter der
Bayerischen Staatsregierung
„Integration von Flüchtlingen
in die bayerische Wirtschaft –
Chance oder Illusion?“

12. Mai, München

Ausschüsse Europapolitik und
Außenwirtschaft: David Mc
Allister, MdEP, Vizepräsident
Europäische Volkspartei (EVP)
und Mitglied des EVP-Frak-
tionsvorstands, „Die Zukunft
Großbritanniens in Europa“

12. Mai, Sengenthal

Bezirk Jurakreis gemeinsam mit
dem IHK Gremium und den
Wirtschaftsjunioren Neumarkt:
Neumarkter Wirtschaftsge-
spräch mit Dipl.-Kfm. Gerhard
Witzany, Präsident IHK Regens-
burg für Oberpfalz / Kelheim,
Albert Füracker, Staatssekretär
im Bayerischen Staatsministe-
rium der Finanzen, für Landes-
entwicklung und Heimat,
Staatsminister a.D. Dr. Otto
Wiesheu, Präsident des Wirt-
schaftsbeirates Bayern; Prof.
Dr. Wolfgang Dorner, Techno-
logie Campus (TC) Freyung

**24.-25. Mai, Brüssel
verschoben auf Herbst 2016**

Forum Brüssel: Delegations-
reise nach Brüssel

30. Mai, München

Ausschuss für Ernährungs-
und Agrarpolitik: Dr. Josef Bosch,
Landwirt und Geschäftsführer
der PC Agrar Informations-
und Beratungsdienst GmbH,
Pfarrkirchen, „Digital Farming
– die leise Revolution zur
Landwirtschaft 4.0“

1. Juni, München

Bezirk München und Ausschuss
für Tourismus: Münchner
Wirtschaftstag mit Hans
Hammer, Vorsitzender Bezirk
München, Jürgen Muth,
Geschäftsführer Allianz Arena
München Stadion GmbH, Dr.
Michael Kerkloh, Vorsitzender
der Geschäftsführung Flughafen
München GmbH, Josef Schmid,
Zweiter Bürgermeister und Lei-
ter des Referats für Arbeit und
Wirtschaft der Landeshauptstadt
München, Geraldine Knudson,
Leiterin München Tourismus
Landeshauptstadt München,
Referat für Arbeit und Wirt-
schaft, Dr. Reinhard Pfeiffer,
Stv. Vorsitzender der Geschäfts-
führung Messe München
GmbH, Prof. Dr. Horst Kun-
hardt, Vizepräsident Technische
Hochschule Deggendorf, Stu-
diengangsleiter MBA Health
Care Management, Dietmar
Holzapfel, Geschäftsführer
Hotel Deutsche Eiche, Robert
Salzl, Präsident Tourismus
Oberbayern München e.V.,
Jens Huwald, Geschäftsführer
Bayern Tourismus Marketing
GmbH, „Wirtschaftsfaktor Tou-
rismus in München – werden
alle Chancen optimal genutzt?“

2. Juni, Neustadt

Bezirk Weiden/ Nordoberpfalz:
Nordoberpfälzer Wirtschaftstag,
u.a. mit Joachim Herrmann,
MdL, Bayerischer Staatsminister
des Innern, für Bau und
Verkehr, „Innere Sicherheit in
Bayern, Cybersicherheit“

NEU

6. Juni

Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu:
Regionaler Wirtschaftstag

8. Juni, München

Ausschuss für Außenwirtschaft
mit UMU e.V.: Thomas Karl Nei-
singer, Botschafter der Bundes-
republik Deutschland auf Kuba,
„Kuba – Chancen für Bayerns
Wirtschaft“

9. Juni, Leipzig

Ausschuss für Mittelstandspoli-
tik mit Wirtschaftsrat Deutsch-
land – Landesverband Sachsen:

Bayerisch-Sächsischer Wirt-
schaftskongress

NEU

9. Juni

Bezirk Würzburg/Schweinfurt:
Prof. Dr. Winfried Bausback,
MdL, Bayerischer Staatsminister
der Justiz

NEU

16. Juni, München

Arbeitskreis Gesundheitswirt-
schaft: Dr. Bernd Montag, CEO
Siemens Healthcare GmbH,
„Zukunft der Medizintechnik“

21. Juni, München

Ausschuss für Finanzmärkte:
Isabel Schnabel, Mitglied des
Sachverständigenrats zur Be-
gutachtung der gesamtwirt-
schaftlichen Entwicklung,
„Geldpolitik der EZB“

23. Juni, Tittmoning

Bezirke Berchtesgadener Land/
Traunstein, Inn Salzach, Passau:
Sommerempfang der südostbay-
erischen Bezirke, Dr. Wilfried
Haslauer, Landeshauptmann
des Landes Salzburg

29. Juni, München

Junger Wirtschaftsbeirat:
Dr. Mark Speich, Geschäftsfüh-
rer Vodafone Stiftung Deutsch-
land gGmbH, „Bildung für den
Arbeitsmarkt der Zukunft“

NEU

30. Juni, Memmingen

Bezirk Memmingen/Unterallgäu
Dr. Walter Gillner, Geschäft-
sführer viception GmbH & Co.
KG, „Digitale Transformation –
und was jetzt?“

NEU

4. Juli, München

Bezirk München: Staatsminister
Joachim Herrmann, MdL,
Bayerisches Staatsministerium
des Innern, für Bau und Verkehr,
Markus Geier, Geschäftsführer
der ComCode GmbH, „Digita-
le Sicherheit“

8. Juli, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/
Traunstein: Frauenwörther
Gespräche mit Bischof Dr.

Rudolf Voderholzer, „Christ-
liche Identität zeigen!“

NEU

12. Juli, München

Arbeitskreis Gesundheitswirt-
schaft: Prof. em. Dr. Dr. h.c.
Bert Rürup, „Die Gesundheits-
wirtschaft im demografischen
Wandel“

27. Juli, Augsburg

Bayerischer Wirtschaftstag mit
Reden von Ilse Aigner, Stell-
vertreterin des Ministerpräsi-
denten und Bayerische Staats-
ministerin für Wirtschaft und
Medien, Energie und Techno-
logie, und Dr. Angelika Niebler,
MdEP, Vorsitzende der CSU-
Europagruppe, anschließend
Podiumsdiskussion mit Prof.
Dr. Martin Selmayr, Kabinet-
chef von Jean-Claude Juncker,
dem Präsidenten der Europäi-
schen Kommission, Prof. Dr.
Clemens Fuest, Präsident des
ifo Instituts für Wirtschaftsfors-
chung, Prof. Dr. Franz
Christoph Zeitler, Bundesbank-
vizepräsident a.D., und Dr.
Andreas Kopton, Präsident IHK
Schwaben, Moderation: Stefan
Stahl, Augsburger Allgemeine,
„Aufbruch Bayern. Wie geht es
weiter in Europa?“

10. August, München

Bezirk München: Sommer-
lounge

NEU

14.-15. Oktober, St. Englmar

Arbeitskreis Kirchen: Kloster-
wochenende

24. Oktober

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz:
Kamingsgespräch mit Bundes-
und Landtagsabgeordneten der
Region, „Nordbayern 4.0“

25. - 28. Oktober

Bezirk Passau: Reise „Passauer
Herbst“

10. November, Gurten (AT)

Bezirk Passau mit GeoCom-
Pass, Besuch der Fa. Fill

28. November, München

Generalversammlung

